

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 10. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 20. April 2005
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Dr. Ivo Corvini, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Basil Kröpfli
Juliana Weber-Killer
Eugen Neeser

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2005 betreffend
Nachrücken von Werner Schwarz, SVP-Fraktion, für
die zurückgetretene Claudia Piatti, SVP-Fraktion Geschäft 3595
2. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Stimmenzählers für den zurückgetretenen
Peter von Arx, SVP-Fraktion Geschäft 3596
3. Bericht des Gemeinderates vom 10.03.2004 und
Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom 25.02.2005
betr. Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements

(Motion 3435 vom 29.04.2003, von Eugen Neeser, FDP-Fraktion) 2. Lesung	Geschäft 3435 A/B
4. Bericht des Gemeinderates vom 02.03.2005 betreffend Mittelfristige Nutzung des Wegmatten-I-Areals (Postulat 3495 v. Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion)	Geschäft3495 A
5. Bericht des Gemeinderates vom 02.03.2005 betreffend Verbesserung der Verbindung von Allschwil und Schönenbuch zum Bahnhof Basel SBB mit dem öffentlichen Verkehrsmittel: Verlängerung der Buslinie 33 nach Schönenbuch, Postulat von Dr. Ivo Corvini und Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 19.11.2003	Geschäft 3455 A
6. Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, vom 17.11.2004 betreffend "Sofortige Aufhebung der Partnerschaft Blaj/RO"	Geschäft 3584
7. Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, vom 19.01.2005 betreffend "Geringfügige Entgelte aus Nebenerwerb, Art. 8 ^{bis} AHV/IV"	Geschäft 3586
8. Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Wasserbecken im Friedhofareal	Geschäft 3550
9. Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Hochwasserschutz Dorf	Geschäft 3554
10. Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Hochwasserschutz im Mühlitäl	Geschäft 3552

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Der Protokollführer

.....
Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 10 vom 20.04.2005

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Dr. Ivo Corvini

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten/Rücktritte aus dem Parlament

Dr. Ivo Corvini, Präsident, gibt den Rücktritt per sofort von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission aus zeitlichen Gründen bekannt. Ausserdem tritt aus beruflichen und privaten Gründen Stefan Brügger, CVP-Fraktion, per 30.06.2005 aus dem Einwohnerrat zurück.

Er verabschiedet Gemeinderätin Beatrice Fuchs, Departementsvorsteherin Bildung/Erziehung/Kultur, welche auf den 30. April 2005 ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat erklärt hat. Er bedankt sich für den mehr als siebenjährigen Einsatz von Beatrice Fuchs im Gemeinderat zum Wohle der Einwohnergemeinde Allschwil und freut sich, dass sie als Landrätin auch weiterhin politische Aufgaben und Interessenvertretungen wahrnehmen werde. Im Namen des Einwohnerrates wünscht er ihr für die Zukunft alles Gute.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, schliesst sich der Laudatio von Dr. Ivo Corvini gerne an. Er erwähnt, dass der Gesamtgemeinderat Beatrice Fuchs bereits in kleinerem Rahmen verabschiedet habe. Auch er bedankt sich an dieser Stelle namens des Gemeinderates nochmals für die Arbeit und das Engagement von Beatrice Fuchs im Gemeinderat.

Traktandenliste

Auf Nachfragen von **Josua Studer**, SVP-Fraktion, warum der Aussand für diese Sitzung so spät erfolgt sei, entschuldigt sich das Büro des Einwohnerrates für die zum Teil verspätete Auslieferung der Einwohnerratsunterlagen. Leider habe die Post die A-Postsendungen vom Freitag nicht allen Adressaten am Samstag ausgeliefert. Man werde aber alles versuchen, solche Verspätungen künftig zu vermeiden.

Dr. Ivo Corvini teilt mit, dass zwei Tischauflagen der Geschäfte Nr. 3455 A und 3495 A verteilt wurden. Diese seien mit den bereits versandten Unterlagen auszutauschen, da geringfügige redaktionelle und formelle Änderungen vorgenommen worden seien. Inhaltlich habe sich aber nichts an den Berichten geändert (Kopfzeile bei 3495 A wurde angepasst, Einleitungssatz bei 3455 A wurde redaktionell verbessert).

67 01.030 Einwohnerrat

Neue parlamentarische Vorstösse

Eingegangen sind folgende parlamentarische Vorstösse:

Interpellation von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion betr. Einsprache von Allschwil gegen den Röhrenspeicher für Erdgas, (Geschäft 3599).

Motion von Andreas Bammatter-Z'Graggen, SP/EVP-Fraktion, betr. Fördermassnahmen berufliche Integration (Geschäft 3600).

Dringliche Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend Baurechtsvertrag mit der BonVita auf dem Areal d'Aujourd'hui (Geschäft 3598).

Es folgt die Beratung über die Dringlichkeit der Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion:

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit damit, dass er möglichst schnell wissen möchte, ob auch weiterhin die Realisierung eines Kindergartens und eines

Tagesheims auf der Nachbarparzelle gewährleistet sei. Die Dokumentation der BonVita spreche von gehobener Wohnqualität - hier könne Konfliktpotential mit der Kindergartenplanung betreffend Ruheordnung etc. entstehen. Aus diesem Grunde solle der Gemeinderat heute noch eine Antwort geben.

Der Gemeinderat erklärt sich bereit, die Interpellation nach der Pause zu beantworten.

://: Der Dringlichkeit der Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion betreffend Baurechtsvertrag mit der BonVita (Geschäft 3598) wird **mit grossem Mehr** zugestimmt.

Neue Parlamentsmitglieder

68 01.030 Einwohnerrat

**1. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2005 betreffend
Nachrücken von Werner Schwarz, SVP-Fraktion, für
die zurückgetretene Claudia Piatti, SVP-Fraktion Geschäft 3595**

://: Vom Nachrücken des **Werner Schwarz**, SVP-Fraktion, in den Einwohnerrat für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2008) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an:
Werner Schwarz, SVP-Fraktion (als Wahlanzeige)
SVP-Präsidium, z. Hd. Josua Studer
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis

69 01.031 Büro Einwohnerrat

**2. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2005 betreffend
Ersatzwahl eines Stimmzählers für den zurückgetretenen
Peter von Arx, SVP-Fraktion Geschäft 3596**

Die SVP-Fraktion nominiert **Susanne Studer**, SVP-Fraktion.

://: In stiller Wahl wird **Susanne Studer**, SVP-Fraktion, als Stimmzählerin der SVP-Fraktion in das Büro des Einwohnerrates für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2005) gewählt.

Mitteilung an:
Susanne Studer, SVP-Fraktion (als Wahlanzeige)
SVP-Präsidium, z. Hd. Josua Studer
Daniela Jörin, Kommissionsverzeichnis

70 01.032.004
01.001 Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente
Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

**3. Bericht des Gemeinderates vom 10.03.2004 und
Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom
25.02.2005 betr. Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements
(Motion 3435 vom 29.04.2003, von Eugen Neeser, FDP-Fraktion)
2. Lesung Geschäft 3435 A/B**

Zur zweiten Lesung der Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements gibt es keine Wortmeldungen.

Es wird wie folgt beschlossen:

://:

1. Der vorliegenden Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements der Einwohnergemeinde Allschwil vom 26. Mai 1999 wird **mit 37:0 Stimmen zugestimmt**.
2. Die Motion von Eugen Neeser, FDP-Fraktion, betreffend Teilrevision des Personalreglements, Geschäft 3435, wird **mit grossem Mehr** als erfüllt abgeschrieben.

71 11.220 Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

**4. Bericht des Gemeinderates vom 02.03.2005 betreffend
Mittelfristige Nutzung des Wegmatten-I-Areals
(Postulat 3495 v. Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion) Geschäft3495 A**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erläutert nochmals kurz die redaktionelle Änderung der neuen Vorlage (Kopfzeile). Zum Inhalt: Es sei damals ein Postulat eingereicht worden, mit dem Ziel, das Wegmatten-I-Areal der Bevölkerung zugänglich zu machen, insbesondere zu begrünen und als Park und Spielwiese zu erschliessen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Forderung umgesetzt worden sei. Allerdings habe man bei der Ausgestaltung zugunsten der Sparmassnahmen Zurückhaltung geübt. Man habe die gesunden, alten Bäume erhalten und eine naturnahe Blumenwiese angepflanzt. Diese werde nur zweimal im Jahr geschnitten, dies sei naturnah und spare Unterhaltskosten. Ein Wegesystem sei angelegt worden, welches auch regelmässig genutzt werde. Ausserdem habe man auch zwei Boule-Bahnen angelegt. Über die weitere Nutzung möchte sich der Gemeinderat von Fall zu Fall Gedanken machen (jüngstes Beispiel: Zirkus Starlight).

EINTRETEN unbestritten

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen des Gemeindepräsidenten. Es erstaune ihn, dass man offenbar auf den schmalen Forstwirtschaftsweg entlang des Bachgrabens habe verzichten können, obschon dieser auch Gegenstand der damaligen Diskussion um den Nachtragskredit zum Wegmatten-Areal gewesen sei (Geschäft 3506). Er stellt fest, dass man das Vorhaben genau so umgesetzt habe, wie ursprünglich geplant. Auf den Vorstoss sei man nicht weiter eingegangen. Die Umsetzung sei ziemlich lieblos erfolgt. Mittlerweile habe sich die Situation aber gebessert. Die Wiese sei inzwischen bespielbar, allerdings hätte sich die Wiese leider auch als Hunde-WC etabliert. Hier wünscht sich der Postulant eine vermehrte Aufsicht durch die Gemeindepolizei. Entgegen der Darstellung des Gemeindepräsidenten ist er aber der Ansicht, dass die Boule-Bahnen leider nur sehr schlecht genutzt werden. Er nehme zur Kenntnis, dass der Gemeinderat auf seine Vorschläge einer intensiveren Nutzung nicht eingegangen sei, anerkenne aber auch die Sparbemühungen des Gemeinderates und kann sich daher mit der Abschreibung des Postulates einverstanden erklären.

://:

1. Von der Berichterstattung zum Postulat Nr. 3495 wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Nr. 3495 wird als erledigt abgeschrieben.

72	12.600	Öffentlicher Verkehr
	12.620	Bus

**5. Bericht des Gemeinderates vom 02.03.2005 betreffend
Verbesserung der Verbindung von Allschwil und Schönenbuch zum
Bahnhof Basel SBB mit dem öffentlichen Verkehrsmittel: Verlängerung
der Buslinie 33 nach Schönenbuch, Postulat von Dr. Ivo Corvini und
Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 19.11.2003 Geschäft 3455 A**

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, erläutert den Bericht des Gemeinderates. Dieses Geschäft stehe im Zusammenhang mit dem Geschäft 3454 A, in dem es um die Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB gehe. Das Geschäft 3454 A (Tramlinie 6) sei aber nochmals zurückgestellt worden, da zur Zeit Gespräche des Gemeinderates mit Vertretern der BVB (Hr. Hanselmann, Direktor BVB) und Regierungsvertretern von Basel-Stadt (Regierungspräsident Dr. Lewin) laufen. Die Anliegen der Postulate - bessere Verbindung zum Bhf. SBB - seien Inhalt der Gespräche gewesen. Verschiedene Lösungsmöglichkeiten seien diskutiert worden.

Der heute vorliegende Bericht beinhalte die aktuellen Verknüpfungen der Buslinie 33 mit der Linie 61 nach Schönenbuch. Er bittet das Plenum, gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu beschliessen.

EINTRETEN unbestritten

Felix Keller, CVP-Fraktion, nimmt als Postulant erfreut zur Kenntnis, dass die Forderungen des Postulates offenbar bereits per Ende Jahr umgesetzt werden könnten. Der 33-er könne dann bereits bis nach Schönenbuch fahren. Nicht nur Schönenbuch, sondern auch grosse Teile Allschwils würden davon profitieren. Die Optimierung der Haltestellenpositionen sei allenfalls noch diskutabel. Er gehe davon aus, dass die Haltestelle Parkallee/Spitzwaldstrasse nicht genau vor der hohen Betonmauer der Überbauung "Sandweg" eingerichtet werde. Hier müssten noch Anpassungen getroffen werden. Mit der geplanten neuen 33-er Linienführung könne zwar der Bahnhof SBB noch immer nicht direkt erreicht werden, aber die Umsteigemöglichkeiten würden verbessert. Die Postulanten seien mit dem Bericht zufrieden und sind in diesem Sinne für die Abschreibung des Postulates.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, kritisiert, dass im Departement Tiefbau/Umwelt die Berichte schlecht redigiert seien. Die Mitteilung des Gemeindepräsidenten, dass die Kopfzeile in einem Bericht geändert worden sei, habe Kopfschütteln, Unverständnis und Unruhe ausgelöst. Die Kopfzeile stimme nicht, der Anfang des Berichts stimme nicht, es sei nicht klar, ob der Vorstoss, auf den sich der Bericht stütze, eine Motion oder ein Postulat gewesen sei und wer der Motionär/die Motionärin oder Postulant/Postulantin gewesen sei. Aus Sicht der SP/EVP-Fraktion seien die beiden Papiere "nicht qualifiziert". Wenn ein Schüler ihm, als Lehrer, so etwas nacheinander unterbreiten würde, würde er Kontakt mit den Erziehungsberechtigten aufnehmen und die Promotion als gefährdet betrachten. Es seien zwei sehr "schluderige" Vorlagen. Aber auch inhaltlich könne man sich mit dem Bericht nur bedingt einverstanden erklären. Zwar profitiere Schönenbuch von der besseren Verbindung in die Stadt Basel, eine wirklich bessere, d.h. direkte Anbindung an den Bahnhof SBB, werde damit immer noch nicht erreicht. Offenbar werde es auch aus finanziellen und verkehrstechnischen Gründen immer schwieriger, dieses Ansinnen zu realisieren. Nicht für alle Teile Allschwils bringe die neue Linienführung etwas (Elco-Areal, Lindenplatz, Neuallschwil). Grundsätzlich sei die Förderung des öffentlichen Verkehrs aber sehr wünschenswert und werde von der SP/EVP-Fraktion natürlich unterstützt. Im Bereich des Einkaufszentrums "Paradies" könne es zu einer Verkehrsentlastung kommen. Ebenso sei es für die Schülerinnen und Schüler positiv, ohne Umsteigen zu müssen, in ihre Schulhäuser zu gelangen. Die Standplätze/Haltestellen müssten allenfalls nochmals diskutiert werden. Die finanziellen Aufwendungen seien vertretbar. Aus all diesen Gründen sei die SP/EVP-Fraktion für die Unterstützung der Vorlage.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, kann nicht ganz in das "Loblied" zu diesem Bericht einstimmen. Er sehe keine echte Optimierung der Verbindung zum Bahnhof SBB. Nach wie vor müsse man umsteigen. Ein grosser Nutzen für die Allschwiler Bevölkerung sei nicht zu erkennen. Die Optimierungen würden sich auf ein relativ kleines Gebiet beziehen. Er anerkenne zwar, dass sich die Verkehrsverbindung zum Einkaufszentrum "Paradies" verbessern würde, gleichzeitig befürchtet er aber auch, dass damit Aktivitäten aus dem oberen Dorfteil abgezogen würden. Irritiert habe seine Fraktion auch die Kostenanalyse. Hier seien eventuell nicht alle Varianten durchgerechnet worden (z. Bsp. Buslinie 38 nach Schönenbuch). Auch die stark unterschiedlichen Kosten der einzelnen Varianten, CHF 50'000.-- und CHF 200'000.--, seien überraschend. Grundsätzlich sei seine Fraktion für eine Verlängerung der Buslinie, aber man könne die Vorlage nicht uneingeschränkt "zustimmend" zur Kenntnis nehmen, wie es im Antrag 1 der Vorlage formuliert sei. Man sei auf das Ergebnis des Probetriebes gespannt.

Josua Studer, SVP-Fraktion, ist skeptisch betreffend der Linienführung an der Kreuzung Binningerstrasse/Spitzwaldstrasse. Er schlägt vor, die Buslinie von der Spitzwaldstrasse über den Lettenweg zu führen, um dann via Fabrikstrasse über den Kreisverkehr in die Binningerstrasse einzufädeln. Retour könne man auf der Binningerstrasse bleiben. Er möchte damit verhindern, dass man zu einem späteren Zeitpunkt eine teure Verkehrsregelanlage installieren müsse.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, sei immer dafür, dass man den öffentlichen Verkehr attraktiver gestalte. Von der neuen Linienführung profitiere vor allem Schönenbuch. Ausserdem sehe er keine Verbesserung der Verbindung zum Bahnhof SBB. Er möchte mit dem Probetrieb gerne die Auslastung überprüft wissen, damit nicht eine weitere Buslinie eingeführt wird, welche dann nicht optimal ausgelastet sei. Er erwartet vom Gemeinderat die Bereitschaft, allenfalls die Linie wieder einzustellen, wenn man erkenne, dass sie nicht ausgelastet sei. Unter dieser Voraussetzung sei auch seine Fraktion für Kenntnisnahme und Abschreibung des Postulates.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, fragt, ab welcher Position die Linie 61 nach dem neuen Konzept starten würde. Sollte dies die Fabrikstrasse sein, würde dies für ihn einen Rückschritt bedeuten, da viele Schüler den 61-er für die Fahrt ins Gymnasium Oberwil benützen würden.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, bestätigt, dass vorübergehend der 61-er-Bus am noch zu erstellenden Kreisverkehr Fabrikstrasse starten werde. Dies sei allerdings keine gute Lösung, der Gemeinderat habe daher nach besseren Alternativen gesucht. Der Gemeinderat möchte eine Verknüpfung der Linie 38 mit der Linie 61 nach Oberwil. Der Dorfplatz sei dann nur noch ein Halteplatz und kein Standplatz mehr. Mit dieser Lösung seien viele weitere Vorteile verbunden (Bessere Verbindung des öV ins Leimental für Grenzgänger, etc.). Diese Lösung sei langfristig gewünscht,

Josua Studer, SVP-Fraktion, bezweifelt, dass eine Verschmelzung der BLT-Linien mit den BVB-Linien möglich sei. Sowohl verkehrstechnisch als auch finanztechnisch seien hier grosse Fragezeichen zu setzen.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, erklärt, dass bereits Probefahrten gemacht worden seien. Über die verkehrs- und finanztechnischen Details müssten die BVB und die BLT miteinander verhandeln. Die Verbesserungsmöglichkeit der Verbindung von Allschwil und Schönenbuch zum Bahnhof SBB sei auch ein Thema der Tramlinien. Hierauf werde man wohl im Bericht zum Postulat 3454 eingehen.

Dr. Lauber, Gemeindepräsident, erwähnt nochmals, dass das ganze Thema ungeheuer komplex sei. Gemäss Zeitplan werde Ende Mai 2005 ein entsprechender Bericht dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Ausserdem sei der Bericht gemäss dem Auftrag der Postulanten verfasst worden.

ABSTIMMUNG:

1. Von der Berichterstattung zum Postulat Nr. 3455 wird **mit grossem Mehr** zustimmend Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Nr. 3455 wird **mit grossem Mehr** als erledigt abgeschrieben.

73 01.065 Partnerschaften; Blaj

**6. Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, vom 17.11.2004
betreffend "Sofortige Aufhebung der Partnerschaft Blaj/RO"
Geschäft 3584**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, begründet seine Motion wie folgt: Für ihn sei es ein grundsätzlicher Entscheid, die Partnerschaft einzustellen. Im Budget habe man ja bereits die Mittel gestrichen. Seiner Ansicht nach solle man stattdessen lieber eine Partnerschaft mit einer Schweizer Berggemeinde eingehen. Er könne sich nicht damit einverstanden erklären, dass man die CHF 10'000.-- jährlich zum Einen für Reisen von Lehrerdelegationen, Schülern oder andere Gruppen ausbebe und zum Anderen Jungunternehmer in Rumänien unterstütze. Es sei die Gemeinde Blaj, welche entscheide, wer die Unterstützung bekomme. Allschwil könne keinen Einfluss darauf ausüben. Er wehre sich gegen das "Giesskannenprinzip". In Zeiten Ceausescu's sei die Unterstützung angebracht gewesen, heute jedoch nicht mehr. Die jährliche Unterstützung von CHF 10'000.-- habe sich institutionalisiert, ohne dies jemals wieder zu hinterfragen. Eine Unterstützung auf privater Ebene sei nach wie vor möglich. Ausserdem bestünden enorme Sprachbarrieren. In der Vergangenheit habe es auch unangenehme Vorkommnisse von Gästen aus Rumänien hier in Allschwil gegeben. Weiter ist er der Meinung, dass eine Partnerschaft mit einer Schweizer Berggemeinde neben den fehlenden Sprachbarrieren den Vorteil biete, weniger lange und teure Reisen in Kauf nehmen zu müssen, dadurch einen intensiveren Austausch pflegen zu können und somit auch den Schulklassen etc. dienlicher zu sein. Aus diesen Gründen beantragt er die Motion zu überweisen. Andernfalls könne er sich auch vorstellen, eine entsprechende Initiative zu lancieren, um die Volksmeinung einzuholen.

Dr. Ivo Corvini, Einwohnerratspräsident, erläutert, dass der Gemeinderat grundsätzlich bereit sei, die Motion entgegenzunehmen und daher eine Diskussion nur stattfindende, wenn ein gegenteiliger Antrag gestellt werde.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, stellt den Antrag, die Motion nicht zu überweisen.

DISKUSSION

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, stellt fest, dass auch seine Fraktion gegen die Motion sei.

Josua Studer, SVP-Fraktion, fragt, ob es Kernaufgabe der Gemeinde sei, fremde Gemeinden finanziell zu unterstützen, vor allem vor dem Hintergrund, dass man selber einen Sparkurs fahren müsse. Er ist der Ansicht, dass allgemein die Partnerschaften aus dem Aufgabenbereich der Gemeinde herausgenommen werden sollten, was nicht einer gänzlichen Auflösung gleichkomme. Auf privater Basis könnten diese ja weitergeführt werden. Aber auch die Zuwendung an eine Schweizer Berggemeinde halte er zur Zeit für nicht gerechtfertigt. Am liebsten sei ihm, wenn die Motion nicht nur Blaj, sondern auch Pfullendorf beinhalten würde.

Karin Käser, SP/EVP-Fraktion, sieht die Auflösung einer Partnerschaft als zweiseitigen Akt, welcher erst dann erfolgen könne, wenn alle Rettungsversuche gescheitert seien. Die einseitige und sofortige Auflösung der Partnerschaft mit Blaj sei für sie daher nicht akzeptabel. Die Partnerschaft beruhe auf Vertrauen und langjähriger Zusammenarbeit. Sie habe Brücken

zwischen verschiedenen Kulturen gebaut. Die Partnerschaft sei nicht nur durch ideelle Werte geprägt, man habe mit den Darlehen auch Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. Die ersten Darlehen seien bereits wieder zurückgezahlt worden. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor Ort könne auch eine Abwanderung in reichere Staaten verhindert werden. Der intensive Austausch der verschiedenen Berufsgruppen habe dazu geführt, im eigenen Land Verbesserungen einzuführen. Auch junge Menschen hätten über den Austausch von Sportmannschaften voneinander profitieren können. Die SP/EVP-Fraktion sei daher der Meinung, dass die Partnerschaft aufrecht erhalten werden müsse, damit die jahrelange Aufbauarbeit nicht zunichte gemacht werde.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, kann sich im wesentlichen den Ausführungen der Vorrednerin anschliessen. Dem Motionär entgegnet er, dass es nicht in der Hauptsache um die Finanzierung von Reisen ginge. 1990 habe man beschlossen, dem Ort zu helfen. Dieser Entscheid sei richtig gewesen. Man habe jungen Unternehmen wirkungsvoll helfen können. Es gehe aber nicht nur um Geld, sondern auch um ideelle Unterstützung. Man könne auch denjenigen helfen, welche sich privat engagieren, zum Beispiel bei der Beantragung von Visa. Wichtig sei auch die Hilfe zur Selbsthilfe. Aus all diesen Gründen könne man dieser Motion nicht zustimmen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, glaubt nicht, dass die Allschwiler Bevölkerung die Auflösung der Partnerschaft begrüsse. Die Partnerschaft mit Blaj betrachtet sie als gut durchdachte Form der Zusammenarbeit und des Gedankenaustausches. Es schade auch nicht, dass in dieser Partnerschaft Allschwil der stärkere Teil sei. Davon solle und könne Blaj profitieren. Es sollte keine Mühe bereiten, etwas vom Wohlstand der Allschwiler Bevölkerung (ca. 50 Rp./Einwohner) an eine ärmere Partnergemeinde abzugeben. Sie ist der Ansicht, dass die Auflösung einer Partnerschaft nur durch den Impuls des Schwächeren ausgelöst werden könne. Sie könne es nicht verstehen, durch die Aufhebung der Partnerschaft die Menschen in Blaj einfach stehen zu lassen. Die Rednerin vergleicht die Partnerschaft mit einer Ehe, aus dieser könne man auch nicht so einfach aussteigen. Weiter glaubt sie, dass man mit CHF 10'000.-- in einer rumänischen Gemeinde sehr viel mehr bewirken könne, als in einer schweizerischen Partnergemeinde.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, hält die Pflege von Partnerschaften nicht für eine Aufgabe der Gemeinde. Sie bringen der Allschwiler Bevölkerung keinen direkten oder indirekten Nutzen, so Lucius Cueni. Zudem sei er der Meinung, dass die Steuergelder nur für die Zwecke und zum Nutzen Allschwils eingesetzt werden sollten. Gegen eine Partnerschaft auf privater Ebene sei natürlich nichts einzuwenden, hier begrüsse er es sogar. Dennoch könne er die Motion nicht unterstützen, da sie zum Einen die *sofortige* Aufhebung verlange und zum Anderen die Aufhebung zugunsten einer Schweizer Berggemeinde, also sofort wieder eine neue Verpflichtung eingehen wolle. Es müsse mindestens eine gewisse Frist zur Aufhebung eingeräumt werden. Aus all diesen Gründen werde er sich der Stimme enthalten.

Ursula Steiner, SP/EVP-Fraktion, habe es bereits an der Budgetsitzung verwundert, dass man einen relativ kleinen Betrag zugunsten Blaj von CHF 10'000.-- abgeschmettert habe. Eine Motion zur sofortigen Aufhebung der Partnerschaft sei beschämend. Die Wandelung der ursprünglichen Soforthilfe zu einer längerfristigen Hilfe zur Selbsthilfe sei nicht zu beanstanden. Sie erachte es durchaus als legitim, die Abmachungen und Zielsetzungen der Partnerschaft zu überdenken und neu zu definieren, eine sofortige Aufhebung komme hingegen nicht Frage. Der gleichzeitige Antrag, stattdessen eine Schweizer Berggemeinde zu berücksichtigen, betrachtet sie als Quasi-Entschuldigung. Die Motion habe für sie nichts mit Sparen zu tun, sondern eher mit Diskriminierung. Die Partnerschaft könne allenfalls eine Kürzung der Beiträge und Neudefinition vertragen, die gänzliche Absage der emotionalen und ideellen Zuwendung sei aber in keinem Fall nachvollziehbar.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält fest, dass sich drei Meinungen gebildet hätten: "Gutmenschen" und "Sozialromantiker" würden nur einen kleinen Kreis darstellen, sie hätten damit noch lange nicht die Volksmeinung "gepachtet". Auch in der Schweiz gebe es Bedürftige.

Man solle zuerst im eigenen Land für die Verbesserung der Verhältnisse sorgen. Er hört aus verschiedenen Voten auch eine gewisse Heuchelei. Er ziehe eine Initiative in Erwägung, sofern die Motion hier abgelehnt werde.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, stört sich vor allem daran, dass die Motion die sofortige Errichtung einer neuen Partnerschaft verlange. Auch in einer Paarbeziehung oder Ehe könne ein solches Verhalten nicht goutiert werden. Die Errichtung einer neuen Partnerschaft sei nicht genügend definiert. Man wisse nicht, zu was man mit der Motion zustimmen werde. Allein aus diesem Grund könne man die Motion gar nicht annehmen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, hat den Eindruck, dass diverse "schweigende Grüppchen" im Einwohnerrat sogar froh um den Vorstoss von Bruno Steiger seien. Er glaubt, es gebe noch mehr Parlamentarier, die der Meinung des Motionärs seien, hier aber nicht dazu Stellung nehmen wollen. Er bezweifelt die Aussage von Bruno Steiger, dass es so viele Schulreisen nach Rumänien gegeben habe oder noch geben werde.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, spürt, dass viel Engagement hinter dieser Partnerschaft stehe. Die bisherigen Projekte seien alle eine sehr effiziente Hilfe für Blaj gewesen, so müsse man weitermachen. Aus diesem Grund müsse die Motion abgelehnt werden.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, stellt fest, dass man sehr unterschiedlich über die Art und Weise der Aktivitäten berichte. In jedem Fall bestehe ein Informationsdefizit. Daher solle man vor der Kündigung der Partnerschaft zunächst miteinander reden. Dazu brauche es aber eine Interpellation oder ein Postulat, damit der Gemeinderat die entsprechenden Antworten geben könne. Vor allem könne man damit auch das Kosten/Nutzen-Verhältnis für die Gemeinde Allschwil transparent darstellen. Hierunter versteht er auch den Nutzen auf kultureller, menschlicher oder pädagogischer Ebene. Eine private finanzielle Beteiligung sei ja nicht ausgeschlossen. Vor einer Kündigung müssten zunächst die Fakten auf den Tisch. Erst dann könne man über die Fortführung oder Aufhebung diskutieren, aus diesen Gründen sei er für eine Ablehnung der Motion.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, gibt Lucius Cueni Recht, dass es nicht zwingend Aufgabe der Gemeinde sei, eine Partnerschaft zu führen. Er sehe die momentane Situation auch eher als ideelle Unterstützung, da man ohnehin die Gelder aus dem Budget gestrichen habe. Eine Aufhebung dränge sich daher nicht auf, man solle nichts überstürzen. Die Motion gehe in die falsche Richtung.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, erinnert in diesem Zusammenhang an die Interessen des Tierschutzes. Wenn man die Partnerschaft aufrecht erhalten möchte, so bittet er darum, diese auch dafür zu verwenden, dass in Rumänien dem Missbrauch der Tanzbärenhaltung entgegenget wird. Hier könne man sich vermehrt für den Schutz der Bären engagieren.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann den Vergleich mit einer Ehe oder Paarbeziehung nicht nachvollziehen. Sofern die Aufrechterhaltung der Partnerschaft mit Blaj einigen zum Hobby geworden sei, müssten sie dieses privat finanzieren. Auch eine Ehe bestehe aus Geben und Nehmen. Hier jedoch sei klar, dass Blaj ausschliesslich von Allschwil profitiere aber nichts zurückgeben könne. Er verlange mehr Eigenverantwortung der rumänischen Bevölkerung, nun da das Machtsystem von Ceaucescu schon lange beendet sei.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, möchte wissen, ob der Gemeinderat jemals diesbezüglich Kontakt mit Blaj aufgenommen habe. Wie stellt sich Blaj zu einer Auflösung?

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, betont, dass er wahrscheinlich der einzige der hier anwesenden Politiker sei, der schon mal selbst in Blaj gewesen sei und nicht alles nur aus Erzählungen kenne. Er gibt die Überraschung und das Entsetzen an den Einwohnerrat zurück. Er erinnert daran, dass der Einwohnerrat die im Budget eingesetzten CHF 10'000.-- gestrichen habe, der gleiche Einwohnerrat sich jetzt aber über die Einstellung der Partnerschaft aufrege.

Aus Sicht des Gemeinderates sei es offenbar egal, was man mache oder nicht: Man stehe immer in der Kritik. Der Einwohnerrat diskutiere jedes Jahr auf's Neue die Budgetposition "Blaj". Heute habe der Einwohnerrat die Gelegenheit, einen definitiven Entscheid zu treffen. Man habe heute nur die emotionale Ebene diskutiert, man dürfe die sachliche Ebene nicht vergessen: eine Städtepartnerschaft koste Geld. Er bittet den Einwohnerrat, sofern er sich heute für die Aufrechterhaltung der Partnerschaft entscheide, konsequenterweise künftig auch die entsprechenden Gelder zu bewilligen. Erst dann könne sich die Gemeinde wieder über allfällige Tätigkeiten behördlicherseits Gedanken machen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, erinnert daran, dass es mit der Motion gleichzeitig auch um die Errichtung einer neuen Partnerschaft geht, nicht nur um die Aufhebung derjenigen mit Blaj.

Für **Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, geht es trotz allem in erster Linie um "Blaj: Ja oder Nein". Erst dann könne der Gemeinderat mit einem neuen Antrag für eine Schweizer Berggemeinde an den Einwohnerrat gelangen. Dieser müsse dann wieder darüber entscheiden, in jedem Fall gehe es heute um Blaj.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, ist der Ansicht, dass man durchaus eine Partnerschaft ohne finanzielles Engagement führen könne. Der Vorstoss von Bruno Steiger verlange nur den Wechsel zu einer schweizerischen Gemeinde. Damit sei aber noch keine finanzielle Zusage verbunden.

Josua Studer, SVP-Fraktion, bedauert, dass die Motion gleichzeitig auch die Errichtung einer Partnerschaft mit einer schweizerischen Berggemeinde verknüpfe. Es sei klar geworden, dass die Errichtung einer neuen Partnerschaft nicht gewollt sei. Aber aus taktischen Gründen sehe er sich gezwungen, jetzt für die Motion zu stimmen, bei einer allfälligen Diskussion um eine Berggemeinde aber dagegen zu stimmen. Nur so könne man jegliche Partnerschaft verhindern.

Für **Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, könne zwar eine Partnerschaft ohne Geld bestehen, der Gemeinderat halte dies aber für keine gute Lösung.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, stellt fest, dass bereits in diesem Jahr eine solche Partnerschaft geführt werde, da keine Gelder gesprochen wurden. Im nächsten Jahr müsse man dann weitersehen.

Es wird eine namentliche Abstimmung verlangt.

Wer für die Überweisung der Motion ist, antwortet mit Ja.

**Abstimmung unter Namensaufruf
vom 20.04.2005**

**J = Ja
N = Nein
E = Enthaltung**

Geschäft 3584: Motion "Sofortige Aufhebung der Partnerschaft Blaj/RO"

	Einwohnerrat	J	N	E
1.	Amsler Max	X		
2.	Bammatter-Z'Graggen Andreas		X	
3.	Beretta-Sohm Guido, Dr.		X	
4.	Bieri Armin		X	
5.	Brügger Stefan		X	
6.	Corvini Ivo Dr.			X
7.	Cueni Lucius			X
8.	Frey-Rieder Hanspeter		X	
9.	Gass Jürg		X	
10.	Hauser Peter	X		

11.	Humbel-Schiess Peter		X	
12.	Käser Karin		X	
13.	Keller-Maurer Felix		X	
14.	Kneier-Rehmann Kurt		X	
15.	Lorenz Sarah		X	
16.	Märky-Schällibaum Alice		X	
17.	Meier Nicolas	X		
18.	Meschberger Verena		X	
19.	Meyer-Zehnder Beat		X	
20.	Morat Christoph		X	
21.	Oppliger Mathilde		X	
22.	Pausa Franziska		X	
23.	Pfaff Thomas		X	
24.	Pozivil-Pfister Ursula			X
25.	Richner Robert		X	
26.	Rothen Claude		X	
27.	Schwarz Werner			X
28.	Selinger Barbara		X	
29.	Steiger Bruno	X		
30.	Steiner Ursula		X	
31.	Studer Josua M.	X		
32.	Studer Susanne	X		
33.	Vögelin Giulio		X	
34.	Von Arx Peter			X
35.	Wartenweiler Joel			X
36.	Winter-Bitterli Jean-Jacques		X	
37.	Zihlmann-Glanzmann Iris		X	
	TOTAL	6	25	6

://:

Die Motion 3584 "Sofortige Aufhebung der Partnerschaft Blaj/RO zugunsten einer Schweizer Berggemeinde" von Bruno Steiger, SD-Fraktion, wird **bei namentlicher Abstimmung mit 6 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen nicht überwiesen.**

PAUSE

INFOFENSTER

Gemeinderat **Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, informiert über Planaufgabe und Stellungnahme des Gemeinderates betreffend den geplanten Erdgasröhrenspeicher. In Absprache mit Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, welche am heutigen Abend eine das Thema betreffende Interpellation eingereicht habe, werde er deren Fragen noch nicht beantworten, sondern andere Punkte beleuchten. Gemäss dem geltenden Bundesrecht muss über ein solches Projekt eines Erdgasröhrenspeichers eine Planaufgabe gemacht werden. Diese Planaufgabe habe stattgefunden. Man wolle an der Grenze zu Schönenbuch Erdgasröhrenspeicher installieren. Der Gemeinderat hat fristgerecht Einsprache erhoben mit folgendem Rechtsbegehren: Vom Erdgasröhrenspeicher inklusive aller Nebenanlagen sei abzusehen. Sofern die Speicherröhren dennoch verlegt werden sollten, so habe der Gemeinderat verlangt, einer Risikoanalyse zu erstellen. Die Risiken seien Flugzeugabsturz, Erdbeben und Waldbrand. Man habe auch ein Sicherheitskonzept verlangt. Vertreter der Ersteller (Gasverbund Mittelland) und der Betreiber (IWB) hätten an einer Präsentation versucht, die Bedenken des Gemeinderates aus dem Weg zu räumen. Die Risikoanalyse sei vorgelegt worden, habe aber nicht in allen Details überzeugen können. Der Gemeinderat habe daraufhin beschlossen, an der Einsprache festzuhalten. Die Einsprache bedeute aber nicht, dass der Erdgasröhrenspeicher nicht gebaut werden könne. Sofern Bund

und Kanton den Bau befürworten, werde die Einsprache dies nicht verhindern können. Sofern der Erdgasröhrenspeicher gebaut werde, müssten aber nach Ansicht des Gemeinderates gewisse Auflagen berücksichtigt werden. Diesbezügliche Informationen würden aber mit der Beantwortung der Interpellation gegeben.

FRAGESTUNDE

Dr. Ivo Corvini, Präsident, verweist auf die schriftlich eingereichte Frage von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, mit nachfolgendem Wortlaut:

"An der öffentlichen Veranstaltung des Schutzverbandes am 6. April 05 konnte ich vernehmen, dass nach französischem Recht ein Mitspracheverfahren durchgeführt wird. Dies soll über Gemeinden und Kantone an das BAZL gerichtet werden. Hierzu hätte ich folgende Fragen:

1. Wo findet man die entsprechenden Unterlagen, wenn dies doch via Gemeinde organisiert werden soll?
2. Wie kommt eine Stellungnahme der Gemeinde Allschwil zustande?
3. Wie wurde die Gemeinde über diesen demokratisch fragwürdigen Vorgang bisher informiert?" (gez. Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion)

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, gibt hierzu Auskunft. Am 6. April 2005 wurde das ILS (Instrumentenlandesystem) vorgestellt. Dieses erlaube die Instrumentenlandung von Süden her auf die Piste 34. Vorgestellt wurde das ILS 34 durch die französische Flugaufsichtsbehörde DGAC, durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt, vertreten durch Herrn R. Cron und weitere Regierungsvertreter von Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Ausserdem war auch noch der EAP (EuroAirPort) durch Herrn Rami vertreten. Es sei zunächst das gesamte ILS technisch erklärt worden, anschliessend der Ablauf des Vernehmlassungsverfahrens. Im Vordergrund seien die Punkte Sicherheit und die notwendig einzuhaltenden Rahmenbedingungen gestanden. Die Sicherheit solle nach Auskunft des DGAC erhöht werden. Die DGAC, das BAZL, der EAP und die Vertreter der beiden Basel stünden nach seiner Meinung klar hinter dem ILS. Das ILS könne offenbar nur verhindert werden, wenn nachgewiesen werden könne, dass durch das ILS die Sicherheit des Flughafens verringert werde. Dies werde aber von allen Spezialisten verneint. Der Gemeinderat sei von dieser Präsentation nicht überrascht worden. Der Gemeinderat habe am 4. April 2005 eine vorbereitende Sitzung mit folgenden Personen abgehalten: Paul Schüpbach, Gemeinderat Allschwil, Hans Adam, Vertreter vom Forum "Flughafen - nur mit der Region", Dr. Bernhard Christen, Vertreter Allschwils in der Fluglärmkommission, Caspar Buri, Präsident des Schutzverbandes sowie er als Gemeindepräsident Allschwils. Ziel der Sitzung sei vor allem gewesen, zu prüfen, was man bei Einführung des ILS für die Region an Auflagen oder Bedingungen herausholen könne. Die Einführung als solches werde wohl nicht verhindert werden können. Es sei also ratsam gewesen, sich primär auf die Bedingungen zu konzentrieren, welche mit der Einführung des ILS verbunden sein müssen. Diese Überzeugung habe zu einer diesbezüglichen gemeinsamen Sprachregelung geführt. Am 15.04.2005 habe man eine Besprechung mit der Gemeinde Binningen geführt, mit dem Ziel, das weitere Vorgehen in dieser Sache zu koordinieren. Man habe ein 4-Punkte-Programm erarbeitet: Schutzverband und Forum verfassen je eine eigene Vernehmlassung. Allschwil und Binningen werden als Leadergemeinden alle involvierten basellandschaftlichen Gemeinden kontaktieren, um das gemeinsame weitere Vorgehen abzusprechen. Allschwil und Binningen werden am 19.05.2005 eine gemeinsame Sitzung mit den Gemeinden durchführen. Drittens werden die Gemeinden Allschwil und Schönenbuch Kontakt mit Regierungsrat Adrian Ballmer aufnehmen, ebenfalls um die weiteren Bedingungen und Auflagen zu formulieren. Viertens und letztens ist festgelegt worden, dass Allschwil und Binningen grundsätzlich getrennte Vernehmlassungen abgeben werden. Grundsätzlich sei die Abgabe einer Vernehmlassung Aufgabe des Gemeinderates, so Dr. Anton Lauber. Man wolle verhindern, dass Allschwil Dorf und Lindenplatz weiterhin gegeneinander ausgespielt würden. Das Ziel müsse sein, dass die Interessen der gesamten Anrainerschaft um den Flughafen Basel-Mulhouse gewahrt werden könnten. Die wichtigsten Bedingungen, welche gestellt

werden müssen, seien a) das Betriebssystem dürfe nicht geändert werden (keine Kapazitätssteigerung), b) maximal 12% der Anflüge dürfen von Süden her erfolgen, c) Änderung der Anflugrichtung erst ab 10kn Windgeschwindigkeit, d) möglichst steiler Anflugwinkel (z. Zt. 3°= Erhöhung der Mindestflughöhe um 68m), e) Zurücksetzen der Landeschwelle um 1200m (Massnahme bereits realisiert). Weitere Themen seien die vermehrte Nutzung der Ost/West-Piste für Starts (z. Zt. nur ca. 10%). Für die Einhaltung dieser vorgenannten Bedingungen müssten die Gemeinden im Vernehmlassungsverfahren eintreten. Die Unterlagen zum ILS 34 liegen in der Gemeindeverwaltung, Baslerstrasse 111, Zimmer 114, zur Einsichtnahme auf. Jede Privatperson und jede private Gruppierung sei zur Stellungnahme berechtigt. Ausserdem könnten sämtliche Vernehmlassungsunterlagen vom Internet heruntergeladen werden (<http://www.euroairport.com>). Aufgrund des Rechtsgleichheitsgebotes wird eine Vernehmlassung nicht nur in Frankreich sondern auch in der Schweiz durchgeführt. Sowohl der Kanton Basel-Stadt als auch Basel-Landschaft haben darauf bestanden. Das Vernehmlassungsverfahren läuft vom 14.04.2005 bis 13.05.2005 auf kommunaler Stufe, dies sei auch im letzten Allschwiler Wochenblatt publiziert worden. Alle Interessierten und interessierten Verbände mit kommunaler Bedeutung können eine Vernehmlassung zu Händen des Gemeinderates abgeben. Der Gemeinderat werde die Anliegen der einzelnen Vernehmlassungen dann in seine eigene Stellungnahme einfließen lassen. Bis zum 13.07.2005 muss der Gemeinderat seine Vernehmlassung der Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft (FKD) abgeben. Dort werden alle Vernehmlassungen gesammelt. Die Interessengruppen und -verbände mit regionaler Bedeutung können ihre Vernehmlassung direkt an die FKD abgeben, aber auch hier laufe die Frist nur bis 13.05.2005. Damit sei auch die Frage beantwortet, wie eine solche Stellungnahme zustande komme. Als dritte und letzte Frage wurde der "demokratisch fragwürdige" Vorgang angesprochen. Aus seiner Sicht sei das Vernehmlassungsverfahren nicht demokratisch fragwürdig. Es laufe nach rechtsstaatlichen Kriterien ab, mehr noch: da der Flughafen allein auf französischem Boden liege, hätten die schweizerischen Gemeinden nicht einmal eingeladen werden müssen. Hier sei die französische Flugsicherung den schweizerischen Gemeinden entgegengekommen. Wenn Christoph Morat damit jedoch ansprechen wolle, ob und wie zwischen Lindenplatz und Dorfplatz in Bezug auf die Vernehmlassung unterschieden werde, so müsse er nochmals darauf verweisen, dass jeder Einwohner und jede Einwohnerin die Möglichkeit habe, eine Stellungnahme zu Händen des Gemeinderates abzugeben. Der Gemeinderat sei verpflichtet, diese Vernehmlassungen an den Regierungsrat in Liestal weiterzuschicken. Abschliessend müsse er anfügen, dass nach den bisherigen Erkenntnissen eine leichte Zunahme des Flugverkehrs zu erwarten sei. Gleichzeitig erhöhe sich aber die Überflughöhe, was letztlich zu keiner Zunahme der Lärmbelastung führen sollte. Der Gemeinderat sei zur Überzeugung gelangt, dass die Einführung des ILS 34 bereits beschlossene Sache sei, daher also eine Konzentration auf die Bedingungen zum Betrieb des ILS 34 erfolgen müsse. Diese Bedingungen seien letztlich für alle Beteiligten die gleichen, weshalb man auch geschlossen dafür eintreten könne.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, stellt eine Zusatzfrage: Welche Möglichkeiten der Einflussnahme bestehen überhaupt noch, da Frankreich die Anlage "ILS 34" offenbar schon definitiv bestellt habe? Warum führe man dann überhaupt noch ein Vernehmlassungsverfahren durch?

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, kann diese Frage nicht beantworten, da er keine Informationen darüber habe, ob das ILS 34 tatsächlich schon bestellt worden sei. Diesbezüglich habe er bisher nur Gerüchte gehört.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, fragt, warum der Aushub beim künftigen Jumbo-Markt (Ziegeleiareal) nur schleppend vorangehe?

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, hat keine Detailkenntnisse, habe aber davon gehört, dass man auf ein Problem mit der Wasserführung gestossen sei. Sicher sei er aber nicht.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, fragt, ob es dieses Jahr wieder einen Mai-Baum auf dem Dorfplatz gebe. Schon seit einigen Jahren vermisse sie diese schöne Tradition.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, antwortet, dass es dieses Jahr keinen Mai-Baum gebe. Aber auf privater Basis gebe es ernsthafte Anstrengungen, damit nächstes Jahr wieder ein Maibaum aufgestellt werden könne.

Felix Keller, CVP-Fraktion, habe im letzten AWB gelesen, dass der Weiherweg Einbahnstrasse - Fahrtrichtung Herrenweg-Baslerstrasse - werden solle. Dies als Verkehrsberuhigung. Er fragt sich, ob damit tatsächlich eine Verkehrsberuhigung erreicht werden könne.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, antwortet dazu, dass die Verkehrsberuhigung nur ein Aspekt gewesen sei. Es gehe auch um die Sicherheit, da der sich kreuzende Verkehr immer auf die Trottoirs ausweichen müsse. Die Situation sei unbefriedigend gewesen. Man habe verschiedene Abklärungen getroffen, Varianten geprüft und die Anwohner befragt. Letztlich sei man zum Schluss gelangt, dass die publizierte Variante die beste sei. Die zwei Geschäftsliegenschaften am Anfang des Weiherwegs seien aber von der Einbahnregelung ausgenommen.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, fragt, was mit dem Areal der ehemaligen DECOMER AG passiere. Dieses liege schon seit einiger Zeit brach.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erläutert, dass hier mittelfristig gemeinsam mit dem Areal der ehemaligen Verpackungs- und Kartonfabrik Schrempp eine Quartierplanung für ein Wohngebiet realisiert werden solle. Es gehe darum, dass die Gewerbezone durch eine Wohnnutzung ersetzt werde.

74 11.140 Gemeindeprojekte

**Dringliche Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom
20.04.2005 betreffend Baurechtsvertrag mit BonVita auf dem Areal d'
Aujourd'hui Geschäft 3598**

In der Beratung des Geschäftes **3543** im November 2004 wurde dem Einwohnerrat eine Vorlage präsentiert in welcher mit der Firma Bon Vita ein Vertrag ausgehandelt wurde, die auf dem betreffenden Areal individuell begleitetes Wohnen vor allem für ältere Menschen anbieten wollte.

Jetzt werden aber Prospekte nur für Eigentumswohnungen verteilt, die nicht mal nur an Senioren gerichtet sind. Hierzu bitte ich den Gemeinderat mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der GR Kenntnis über das Konzept „individuell begleitetes Wohnen“ der Firma Bon Vita, und wie sieht dies im Detail aus?
2. Wie wird der Zweck dieses Baurechtsvertrags, nämlich günstigen Wohnraum zu schaffen, mit der Absicht der Bon Vita, gehobene Eigentumswohnungen zu verkaufen in Einklang gebracht?
3. Wieso duldet der GR solche elementare inhaltliche Abweichungen vom Inhalt des in guter Absicht vom ER bewilligten Baurechtsvertrages?
4. Welche Möglichkeiten hat die Gemeinde Allschwil um dort ihr Konzept mit Kindergarten, Tagesheim und Wohnen im Alter doch noch zu realisieren?

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, beantwortet die Interpellation wie folgt: Er könne dem Interpellanten nachfühlen, wenn er in den Unterlagen zum Objekt die eindeutigen Hinweise auf das "Begleitete Wohnen" vermisse. Wenn man nicht wisse, dass sich die BonVita AG auf dieses Wohnkonzept spezialisiert habe, könne man nicht ohne weiteres darauf kommen. Im Prospekt der BonVita fänden sich nur zwei Sätze, welche auf das "Begleitete Wohnen" hinweisen würden (... "Hilfeleistungen wie Notrufinstallationen und Brandmeldeanlagen" sowie "...bei Bedarf...extern koordinierte Hilfeleistungen, Einkaufs-, Begleit-, und Reinigungsdienste). Der Baurechtsvertrag beinhalte einzig die Erstellung von Wohnraum. Mit der Wahl der Baurechtsnehmerin habe man sich für diese Wohnform entschieden. Der Interpellant sei selber Mitglied des Bauausschusses und wisse, dass die Frage zum Konzept des individuell begleiteten Wohnens an einer Bauausschusssitzung diskutiert worden sei. Das Baugesuch habe man mit einem solchen Konzept verknüpfen wollen. Das Bauinspektorat habe das Konzept im Bewilligungsverfahren verlangt. Es beinhalte unter anderem, dass die Genossenschaft 1999 gegründet worden sei, mit dem Ziel, "im Zusammenhang mit der Thematik des Alterswohnens die gemeinsamen Interessen der Genossenschafterinnen und Genossenschafter zu wahren." (Zitat aus dem Konzept der BonVita). In diesem Konzept führe die BonVita die einzelnen Dienstleistungen sowie die geplanten Häuser vor. Die Gebäude sollten grosszügigen, sicheren und unterhaltsarmen Wohnraum anbieten. Das Konzept sehe vor, dass die BonVita keine Infrastruktur installieren werde, "bei dem Verpflegung oder Pflege auf dem Tagesplan steht" (Zitat aus dem Konzept der BonVita). Damit sei klar, dass die BonVita kein Altersheim anbieten wolle, sondern nur nach Bedarf Hilfeleistungen organisieren werde. Die BonVita gehe davon aus, dass die Wohnungen von Personen jeglichen Alters gekauft werden könnten, mit dem Vorteil, dass die Wohnung von Anfang an behindertengerecht konzipiert sei und allenfalls im Alter zusätzlich Serviceleistungen angefordert werden könnten. Die BonVita verfolge noch andere Konzepte, welche einen höheren Betreuungsstandard vorweisen würden, diese im vorliegenden Projekt aber nicht zur Anwendung kämen, da hierzu eine grössere Anzahl Wohneinheiten benötigt würden. Die BonVita bietet Wohnraum für einen demographischen "Personenmix" an, d.h. welcher sowohl für jüngere Familien als auch ältere Personen interessant sein soll. Die Obergeschosse würden reine Wohngeschosse, das Sockelgeschoss könnte für Serviceräumlichkeiten (z. B. Mittagstisch, Massage o. ä.) ausgebaut werden.

Zur zweiten Frage antwortet Roman Meury, dass es nie in erster Linie um die Schaffung günstigen Wohnraumes gegangen sei, sondern es seien immer die oben aufgezeigten Möglichkeiten zur Diskussion gestanden. Dies verbiete nicht von vornherein, eine gehobene Wohnqualität anzubieten. Vor allem habe BonVita nach den in der Ausschreibung gemachten Vorgaben die beste und günstigste Offerte abgegeben.

Aus Sicht des Gemeinderates liegt hier keine Abweichung vom Baurechtsvertrag vor (zu Frage 3). Weiter sieht der Gemeinderat keine Probleme darin, das Projekt Tagesheim/Kindergarten zu realisieren. Roman Meury ist der Ansicht, dass mit dem vorliegenden Gesamtkonzept keine neuen Probleme geschaffen werden, sondern vielmehr potentielle Konfliktsituationen vermieden werden können. Zur Zeit laufe eine Studie zur Architektur des Kindergartens. Das Projekt sei also am laufen.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, verlangt die Diskussion.

://: Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, zeigt sich von dieser Antwort nicht befriedigt. Die Bedingung "Schaffung günstigen Wohnraumes" sei im Baurechtsvertrag festgehalten. Die nun geplanten Eigentumswohnungen mit gehobenem Standard stimmen für ihn nicht mit dieser Forderung überein. Nach seiner Ansicht seien dies elementare Abweichungen vom Inhalt der einwohnerrätlichen Vorlage. Er ist der Ansicht, der Einwohnerrat sei "hinter's Licht geführt" worden. Er bezweifelt nämlich, dass potentielle Käufer mit einem Kindergarten und den entsprechenden Lärmimmissionen einverstanden sind. Hier sieht er erhebliches Konfliktpotential.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, möchte gerne wissen, ob es schon Beispiele von bestehenden Wohneinheiten gebe, die begleitetes Wohnen anbieten. Die Firma BonVita sei ja erst 1999 gegründet worden.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, verweist auf die diesbezüglichen bereits im Einwohnerrat geführten Diskussionen (Bsp. Wohnpark St. Jakob, Basel). Die Firma BonVita selbst habe noch kein Projekt fertiggestellt. Weiter sei die Frage danach, was günstig sei, relativ. Günstiger Wohnraum sei nicht gleichzusetzen mit sozialem Wohnungsbau. Zur Orientierung nennt er den Preis einer bereits verkauften Wohnung: eine 3 ½ - 4 ½ Zimmer-Wohnung mit 130 m² sei für CHF 540'000.-- verkauft worden. Eine 4 ½ - Zimmerwohnung mit 150m² sei für CHF 620'000.-- reserviert worden. Hier überlasse er jedem seine eigene Wertung, ob das günstig sei oder nicht.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, sei bei der ersten Diskussion vor allem vom Konzept "Begleitetes Wohnen im Alter" überzeugt gewesen. Die jetzige Situation, nämlich, dass man eine Wohnung schon in jungen Jahren kaufen könne, um dann darin alt zu werden, um die Leistungen in Anspruch nehmen zu können, habe sie sich so nicht vorgestellt.

KEINE WEITEREN WORTMELDUNGEN

Dr. Ivo Corvini, Einwohnerratspräsident, beendet die Sitzung um 21.15 Uhr.